

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

211 (17.9.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zuhause, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 327 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>	<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton i. V. Franz Wähl; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wähl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Resten: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>

Die Sozialpolitik auf der Breslauer Katholikerversammlung.

Die besonderen sozialen Anträge auf der Breslauer Katholikerversammlung betrafen Kaufmannsfragen, die Abwehr freidenkerlicher Angriffe durch die Arbeitervereine, die Jugendvereine und die Fürsorge für die erwerbstätige Frau.

Zu der wachsenden Bedrohung des selbständigen Kaufmanns im Mittelstande durch die neuzeitliche Wirtschaftsentwicklung erblickt die Generalversammlung eine bedenkliche Gefahr für Staat und Gesellschaft und spricht sich erneut für einen umfassenden gesetzlichen Schutz dieses Standes aus, die eine notwendige Ergänzung der Bestimmungen der Selbsthilfe bildet. Zugleich erkennt sie aber auch die Bestimmungen der Handlungsgesetze und sonstigen Privatrechts zum Gebiete ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten an und wünscht den umfassendsten Ausbau der Schutz- und Versicherungsangelegenheiten zugunsten dieser erwerbstätigen Personen, vor allem durch die baldige Einführung der geplanten staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten. Insbesondere erblickt auch die Generalversammlung in den katholischen kaufmännischen Vereinigungen die berufliche Organisation zur Vertretung der religiös-sittlichen und geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen der selbständigen Kaufleute, der Handlungsgehilfen und kaufmännischen Privatbeamten des katholischen Volksteils und empfiehlt diesen Kreisen dringend den Beitritt zu den genannten paritätischen Vereinigungen.

Gegenüber den durch die Sozialdemokratie neuerdings lebhaft unterstützten und geförderten Bestrebungen der Freidenkerbewegung, unter dem katholischen Volke Boden zu gewinnen und durch Veranlassungen, Verbreitung von Schriften und Flugblättern insbesondere dem arbeitenden Volke die Ideale der christlichen Religion und Sittlichkeit zu rauben, stellt die Generalversammlung zunächst mit Genehmigung fest, daß bereits von mehreren Standesvereine mit gutem Erfolge diesen Bestrebungen entgegengetreten wurde; sie hofft, daß die Bekämpfung dieser Bewegung auf der ganzen Linie von sämtlichen katholischen Standesvereinigungen geschlossen aufgenommen wird und empfiehlt dazu eine Reihe von Mitteln des Aufklärungs- und Bildungswesens.

Unter den katholischen sozialen Vereinsbestrebungen erkennt man eine steigende Bedeutung der Bestrebungen zur Förderung der schulentlassenen Jugend hier insbesondere den katholischen Jugendvereinen zu. Die Generalversammlung erachtet es als eine dringende Pflicht der Katholiken aller Stände, diesen Bestrebungen und Vereinen erhöhte Bedeutung zu schenken. Sie erwartet, daß die katholischen Jugendvereine sich in ihrem Streben nach allseitiger Förderung der schulentlassenen Jugend, in der Vertiefung ihrer religiös-sittlichen Bildung, in Vorbereitung derselben auf die Aufgaben des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Förderung der Jugend, in der Pflege der Allgemeinbildung und der Veredelung der Erziehung, in erster Linie an die Mitglieder der Arbeitervereine, sodann aber auch an die katholischen Männer aller Berufsstände, namentlich der gebildeten Klassen, den dringenden Appell, die Vereine in diesen Bestrebungen zu unterstützen. Auch begrüßt die Generalversammlung ein enger Zusammenwirken der an einem Orte bestehenden katholischen Jugendvereine, um die Lösung derjenigen Aufgaben zu ermöglichen, welche die Kräfte des einzelnen Vereins übersteigen sowie ein Eintreten in die Diözesanverbände. Die Generalversammlung empfiehlt endlich die Rekrutenerziehung sowie die „verweiterte“ Fürsorge für die zum Heere und zur Marine einberufenen Mannschaften in allen Diözesen einzuführen und immer weiter auszubilden.

Eine besonders ausführliche Resolution ist der Fürsorge für die erwerbstätige Frau gewidmet. Die Generalversammlung erachtet den Zusammenschluß der katholischen erwerbstätigen weiblichen Jugend für dringend notwendig. Sie betont neben der Befähigung und Weiterführung der religiös-sittlichen Erziehung und geistigen Allgemeinbildung der Mädchen die hauswirtschaftliche Ausbildung derselben und die Schulung für das Erwerbsleben in besonderer Sachfragen. Sie erklärt außerdem als Hauptaufgabe dieser weiblichen Jugendorganisation, die Jugendlichen für die katholisch-sozialen Standesvereine zu erziehen und sie diesen zuzuführen. Es ist daher anzustreben, daß die Vereine der katholischen erwerbstätigen Jugend in

organischem Zusammenhange mit der betreffenden Standesorganisation stehen.
Die Generalversammlung weist ferner hin auf die Notwendigkeit von Standesorganisationen für die Dienstmädchen und fordert zur Gründung von katholischen Dienstmädchenvereinen auf, als deren Hauptaufgaben sie bezeichnet: 1. religiös-sittliche Erziehung des Standes; 2. hauswirtschaftliche Ausbildung, insbesondere Vorbereitung für den Beruf als Hausfrau und Mutter; 3. Bestrebungen, welche sich richten auf Regelung des Stellenvermittlungswesens, einheitliche Regelung der Gesindeordnung, Einbeziehung der Dienstmädchen unter die reichsrechtliche Kranken- und Unfallversicherung, Beseitigung von Mißständen in den Wohnungsverhältnissen sowie Schutz vor sittlicher Gefährdung; 4. Bildung von Hausfrauen- und Dienstbotenvereinen, welche die gemeinschaftlichen Interessen gerecht und friedlich zu regeln bestrebt sind.

Bei der weiblichen Fabrikarbeiterin ist die Generalversammlung den immer stärker in die Erscheinung tretenden Mangel hauswirtschaftlicher Kenntnisse und Fertigkeiten und die daraus entstehenden vielfach tröstlichen Zustände in der Erziehung und Ernährung der Kinder. Sie begrüßt alle Bestrebungen auf das freudigste, welche darauf gerichtet sind, der verheirateten Fabrikarbeiterin zu ermöglichen, daß sie ihren Pflichten als Gattin, Hausfrau und Mutter nachkommen kann, und tritt mit ihrem ganzen Gewicht für eine umfassende Förderung und Ausgestaltung des hauswirtschaftlichen Unterrichts für die jugendlichen Arbeiterinnen ein.

In Anbetracht dieser Aufgaben hält die Generalversammlung die soziale Schulung und verlässliche Mitarbeit der gebildeten Frauenwelt auf sozialem und caritativen Gebiete für unabweisbar notwendig. Sie empfiehlt daher die soziale Schulung der gebildeten Frauenwelt durch Veranstaltung sozialer Studiengänge und legt ganz besonderen Wert auf die erzieherische Vorbildliche Mitwirkung der gebildeten Frauen in den katholischen Standesvereinen der erwerbstätigen Frauenwelt.

Das Bild der sozialpolitischen Betätigung des Breslauer Katholikentags würde aber unvollkommen sein, wollten wir die Reden sozialen Inhalts verweisen, die hier gehalten wurden. So sprachen über die Aufgaben und Leistungen der deutschen Katholiken auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete der Essener Rechtsanwält Dr. Well, über die Frauenfrage Professor Faulhaber-Strasburg, und über die soziale Arbeit so nahe liegende Alkoholfrage in vielbemerkter Weise Pfarrer Kapiga-Dirschau. Eine außerordentliche Beachtung auch in der weitesten Öffentlichkeit fand die mit dem Katholikentag verbundene Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland. Mögen die Worte, mit denen hier der greise Kardinal Kopp zur Ausbreitung des Volksvereins in Schlesien und zu enger Volksvereinsarbeit aufforderte, nicht nur hier und in ganzen Döner, sondern auch überall dort Wiederhall finden, wo sich Klaffen in der Organisation zeigen und wo soziale Arbeit — und wo sollte das nicht der Fall sein — not tut. In den beiden programmatischen Resolutionen des Katholikentags sind von großen Gesichtspunkten getragene und doch für die praktische Betätigung so einfache Leitätze aufgestellt worden. Wenn diese sich die Katholiken in nächster Zeit in ihren Vereinen zum Ausgangspunkte für ihre Arbeit machen, so dürften sie damit eine der wichtigsten Aufgaben und Wünsche erfüllen, die dem Breslauer Katholikentag am Herzen lagen.

„Der „Badische Beobachter“ und der Antisemitismus.“

Jedermann, der den „Badischen Beobachter“ kennt, wird denken, daß es eine sonderbare Zusammenstellung, und wir müssen gestehen, daß wir selber überrascht waren, durch diese Kombination im „Landesbote“. Wir wissen uns vollständig frei von jedem grundsätzlichen Antisemitismus und würden es ebenso verurteilen, wenn man einen Israeliten wegen seines Glaubens im Staate zurücksetzen würde, wie wenn dies gegenüber einem Katholiken geschieht. Der „Landesbote“ macht uns nun den Vorwurf, daß wir uns in letzter Zeit darin gefallen, dem Antisemitismus, „dem Sozialismus der Dummheit“ zu huldiigen. Mit verlaßter Trost unserer grundsätzlichen Abneigung gegen jeden Antisemitismus blieb es uns in letzter Zeit doch nicht erspart, die unansehnliche Art, mit der hauptsächlich israelitische Blätter, allen voran die „Frankfurter Zeitung“, die Katholiken herunterzerr, entsprechend zu charakterisieren und wenn man uns das als Antisemitismus auslegt, so ist das ein gesunder

Antisemitismus! Wir dulden es nicht stillschweigend, daß der Jude mit schmutzigen Fingern in katholische Angelegenheiten eingreift, daß er in unwahrhaftiger Weise unsere Kirche beschimpft und beleidigt, so wenig wir dies von einem anderen dulden würden. Wenn wir dabei auf die Konfession abhoben, so geschähe es lediglich deshalb, um den betreffenden Herren zu bezeugen, daß sie hier nicht zu suchen haben, daß sie sich auf einem Gebiet befinden, das sie nicht angeht! Will dagegen der „Landesbote“ etwas einwenden? Einen weiteren Aufklärungspunkt glaubt der „Landesbote“ gefunden zu haben in dem Artikel vom letzten Samstag: „Ein beachtenswertes jüdisches Programm.“ Der „Landesbote“ stellt in seinem Artikel fest, daß dieses Programm nicht historisch, sondern ein Stück aus einem Roman sei, also nicht auf Wahrheit beruhe. Wir konnten das nicht kontrollieren — der Artikel stammte aus einer Korrespondenz —, sehen aber nicht an, mit dem Ausdruck des Bedauerns zu erklären, daß wir den Artikel nicht aufgenommen hätten, wenn uns das bekannt gewesen wäre. Wenn der „Landesbote“ aber meint, daß dem Artikel schon infolgedessen der Schwinkel auf die Stirne geschrieben sei, so ist das doch nicht so ohne weiteres der Fall. Wir betonen nochmals, wir wollen dem „Landesboten“ ohne weiteres glauben, daß von einem „jüdischen Programm“ nicht gesprochen werden kann. Aber wie steht es mit den Tatsachen, die in diesem Pseudoprogramm angeführt sind? Es heißt da: Das jüdische Volk wird stets mächtiger. Und den Juden gehört das Geld, vor denen die Welt sich beugt. Das Geld ist die Zukunft der Juden. Nun ist das denn totaler Schwinkel? Ein gutes Stück Wahrheit ist daran! Die Juden sind bei uns im allgemeinen die Besitzer des Großkapitals! Ferner heißt es: Alle Staaten sind verurteilt. Diese Schulden verwalten die Juden. Der erste Satz ist nicht zu leugnen. Der zweite hat insofern seine Richtigkeit, als die Juden vielfach die Hauptgläubiger der Staaten sind. Had nun die Stellung zur katholischen Kirche:

Der natürliche Feind der Juden ist die katholische Kirche; darum müssen wir die christliche Kirche durchgehen mit Freigeist, Unglauben, mit Uneinigkeit. Wir müssen Streit und Kampf zwischen den christlichen Konfessionen entfachen und nähren. Den Priestern sagen wir auf der ganzen Linie den grimmigsten Kampf an. Wir müssen sie überschütten mit Schande und Spott, mit Verleumdung und erdichteten Ständalgeschichten aus ihrem privaten Leben und sie öffentlich der Verachtung und dem Spott preisgeben. Wir müssen den Einfluss haben auf die Schule. Die christliche Religion muß aus den Schulen heraus. Dadurch wird die christliche Religion in Verfall kommen. Die Kirche wird auf diese Art arm, verachtet, ihre Älter kommen in die Hände der Juden.“

Es tut uns leid, es lagen zu müssen: Wenn man namentlich im letzten Jahrzehnt die in jüdischen Händen befindlichen Zeitungen, z. B. die „Frankfurter Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ sowie eine ganze Reihe anderer linksliberaler Blätter, die den Israeliten offen stehen, verfolgt hat, so konnte man zu der Anschauung kommen, daß wenigstens diejenigen Juden, die hier zu Wort kamen, in der katholischen Kirche ihren natürlichen Feind erblickten. Es gibt zwar eine Bewegung, die sich ernstlich bemüht, die christliche Kirche bzw. ihre Anhänger mit Freigeist, Unglauben und Uneinigkeit zu durchdringen, und leider ist es wieder Tatsache, daß gerade die linksliberalen jüdenfreundlichen Blätter dieser Bewegung großen Vorschub leisten. Wir erinnern nur an den „Hilfs“, der doch eine rein innerkirchliche Angelegenheit war. Welche Behandlung ließ ihm die „Frankfurter Zeitung“ zuteil werden? Man hätte glauben können, darüber, ob der mit seiner Kirche selbst auf dogmatischem Gebiet in Konflikt geratene Theologe zum Priester geweiht werden müsse, habe nicht der Bischof, sondern ein jüdischer Hebraist der „Frankfurter Zeitung“ zu entscheiden. Und wie viel haben die „Frankfurter Zeitung“ und andere Blätter, die sich in jüdischen Händen befinden, auf dem Herdholz, wenn man den Satz des Pseudoprogramms ins Auge faßt: „Wir müssen sie (die Priester) überschütten mit Schande und Spott, mit Verleumdung und erdichteten Ständalgeschichten aus ihrem privaten Leben und sie öffentlich der Verachtung und dem Spott preisgeben.“ Es geht nicht auf eine Krähhaut, was in dieser Hinsicht mit Vorliebe die eigentlichen Judenblätter und die jüdenfreundlichen Blätter schon geleistet haben. Wir erinnern nur an den systematischen Vorgehensweg der „Berliner Volkszeitung“, den sie vor wenigen Jahren noch mit Hilfe ihres römischen Korrespondenten gegen die katholische Kirche führte. Und mit welchem Wohlbehagen wurden diese Ständalgeschichten in der kleineren jüdischen und jüdenfreundlichen Presse nachgedruckt, ohne je die auf dem Fuße nachfolgenden Mordtaten oder Enthüllungen der vollständigen Verlogenheit dieser Berichte zu beachten. Wüßte da der nächstern denkende Katholik nicht zu der Meinung kommen, daß von dieser Seite keine Kirche als der natürliche Feind behandelt werde? Stehen nicht auch manche linksliberale jüdische Politiker auf dem Standpunkt: Heraus mit der christlichen Religion aus der Schule? In Frankreich haben auch einflussreiche Juden dazu beigetragen, die dortigen traurigen kirchenpolitischen Verhältnisse zu schaffen und manchmal hat es sich bei der Säkularisation — wie bei uns vor 100 Jahren — gezeigt, daß ein Teil des Profits in die Hände der Juden fiel. Ueber die Macht, die die Juden in der Presse ausüben, brauchen wir wohl kein Wort zu verlieren. Die Tatsachen sind allgemein bekannt. Also

lauter Schwinkel war dieses Pseudoprogramm nicht. Wir stehen aber nicht an, ausdrücklich zu betonen, daß wir diese Dinge nicht dem Judentum als solchem auf Herdholz schneiden wollen; denn es gibt auch viele anständige, achtbare Juden, die — davon sind wir überzeugt — die im vorstehenden geschilderte Tätigkeit einzelner ihrer Glaubensgenossen nicht billigen. Wenn wir aber in gerechter und berechtigter Notwehr solchen Ausschüßeln in einzelnen jüdischen Kreisen mit der nötigen Schärfe entgegenzutreten, so kann man das nicht als Antisemitismus bezeichnen; denn nicht der Jude als solcher wird von uns angegriffen, sondern nur derjenige, der uns angreift, der unsere Priester mit Spott und Schande überschüttet, der verlogene Ständalgeschichten über die Katholiken ausbrütet usw. Und das kann uns niemand übelnehmen!

Deutschland.

Berlin, 17. Sept. 1909.

Tabakarbeiter und Staatsunterstützung.
Aus verschiedenen Tabakindustriebezirken wird dem Verband christlicher Tabak- und Zigarenarbeiter Deutschlands berichtet, daß die Behörden teilweise weitergehende Anforderungen an die eingereichten Gesuche betreffend Entschädigung arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter gestellt haben, als nach den Ausführungsbestimmungen erforderlich ist. UnTERS Erachtens sollten die Behörden sich doch nicht unnötige Arbeit durch Verfügung härterer Bestimmungen machen, sondern alles aufbieten, um die Tabakarbeiter möglichst rasch in den Genuß der staatlichen Bezüge gelangen zu lassen. Bis jetzt ist lediglich von Hamburg bekannt geworden, daß die staatlichen Gelder bereits am 21. August an die Beschädigten ausbezahlt wurden. Bezüglich der grundsätzlichen Seite der Tabakarbeiter-Unterstützung macht das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der „freien Gewerkschaften“ die anerkennende Bemerkung, daß mit ihrer Durchführung ein wichtiges Prinzip eingeführt worden sei. Einmal in einem Gesetz eingeführter Gedanke werde nicht mehr aus der Welt geschafft. Also auch dieses Blatt ist der Ansicht, daß die etwaigen Mängel der beschlossenen Unterstützung zurücktreten gegenüber dem bedeutungsvollen neuen Gedanken, der in ihm zum Ausdruck gelangte. Das lautet anders wie die sonstigen sozialdemokratischen Tiraden über Vortrefflichkeit etc.

Der Geist im Offizierskorps. Der Verbreitung der „Täglichen Rundschau“ unter aktiven und inaktiven Offizieren ist auffallend groß und zum Teil darauf zurückzuführen, daß dieses Blatt auf Reichskosten in Kadettenhäusern gehalten wird (z. B. Groß-Vichtersfelde). Wer aber täglich eine solche Zeitung liest, der muß ein verböhrteter Katholik und Zentrumsanhänger werden. Nur so ist es zu erklären, daß so viele pensionierte schriftstellerische Offiziere heute den Konserwativen in den Rücken fallen. Es ist überhaupt, wie wir schon wiederholt betonten, ein merkwürdiger Geist, der sich vielfach unter verabschiedeten Offizieren zeigt. Ein General hat es zum Vorliegenden des Evangelischen Bundes gebracht; ein Admiral als Vorsitzender der antinationalen Wählervereinigung; ein 3. General leitete mit Hilfe des gestützten Reichsflaglers den furore protestantikus an; ein weiterer General feiert Sedan als den Sieg des Protestantismus über den Katholizismus. Eine ganze Reihe weiterer ähnlicher Erscheinungen ließe sich anführen, die alleamt beweisen, wie verabschiedete Offiziere im Dienst der konfessionellen Verfolgung stehen und den konfessionellen Frieden ernstlich gefährden. Das ist eine neue Erscheinung und gestattet einen Rückschluß auf den Geist, der vielfach heute im Offizierskorps herrscht; durchweg antikatholisch. Früher war man gerade im Heere streng neutral, hat den alten Kulturkampf fernzuhalten gesucht, den Katholiken ihr Recht gegeben; denn man erkannte, daß der heilige Geist für unser Heer verderblich sei. Heute scheint das anders zu sein. Die Blagereien der Kriegervereine an der Saar, die sich immer wiederholenden Abweisungen katholischer Verbindungsstudenten bei der Wahl der Heeresoffiziere und besonders das Verhalten so vieler verabschiedeter Offiziere, lassen eine schlimme Wendung befürchten. Diefem Uebelstande muß begegnet, der alle Geist der konfessionellen Verträglichkeit muß im Heere erhalten werden. Da hat der neue Kriegsminister ein bankbares Feld für seine Tätigkeit.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Lage in Ungarn. Die Situation wird allseitig als sehr ernst bezeichnet. Allgemein glaubt man, daß nach dem Rücktritt des Ministeriums Weyerle Kossuth zum Ministerpräsidenten ernannt wird, aber nur für kurze Zeit, und daß später Graf Apponyi an die Spitze eines Uebergangsministeriums tritt.

Frankreich. Der Finanzminister teilte dem Budget-Ausschuß die von ihm geplanten neuen Steuern mit, welche er zur Deckung des Defizits

von 200 Millionen Francs einzubringen gedenkt. Unter den neuen Steuern, welche vor kurzem in Vorschlag gebracht worden sind, hält er nur diejenigen aufrecht betreffend die Weingroßhändler, die Anilin-Fabriken und die Hypothekenscheinsteuer, welche zusammen etwa 4 Millionen einbringen werden. Die vorgeschlagenen Steuern auf Grundbesitzsteuern, Automobile und auf die Lichtersteuer behält der Minister bei, aber mit gewissen Änderungen. Diese Steuern sollen 12 Millionen bringen. Der Rest der notwendigen neuen Einnahmen soll aufgebracht werden durch eine Abänderung der Erbschaftsteuer (der Ertrag beträgt 40 Millionen), sowie ferner durch die Abänderung der Steuer auf Getränke (60 Millionen), ferner durch einmalige Abgaben bei Neugründungen von Wirtschaften, durch Steuererhöhung auf Alkohol sowie durch eine Weinsteuern. Diese Steuern sollen zusammen 63 Millionen ergeben. Eine Erhöhung des Verkaufspreises für Luxus-Tabak soll 65 Millionen und eine Steigerung der Tabaksteuer 65 Millionen ergeben. Frankreich, das die höchste Tabaksteuer hat, erhöht dieselbe um weitere 30 Millionen. Was sagen dazu die Sozialdemokraten?

Waffenstaaten.

Ueber die Lage in Griechenland wird der Nationalzeitung im Gegenlatz zu anders lautenden privaten Meldungen mitgeteilt, daß der Kronprinz Konstantin, der gegenwärtig in Deutschland weilte, sich entschlossen hat, nur einige Wochen von Griechenland fern zu bleiben und dann dorthin zurückzukehren. Dasselbe gelte von den übrigen griechischen Prinzen, die das Land verlassen haben.

Türkei.

Monarchenbesuche in Konstantinopel. Auf der Spitze von Verdien, daß der Besuch des Königs von England und des deutschen Kaisers im nächsten Frühjahr ganz bestimmt zu erwarten ist.

Militär.

Militärische Vorbereitungen Chinas. Der Zeitung „Mensch“, die jüngst aus Chardin auch die erste Meldung von Abfluß einer chinesisch-japanischen Militärkonvention gebracht hat, wird jetzt ebendort über energische militärische Vorbereitungen Chinas berichtet. In Peking hat, so wird berichtet, eine geheime Beratung aller höheren Offiziere der chinesischen Flotte stattgefunden. In Suowei soll eine höhere Marineakademie errichtet werden. Zur Auffüllung des im Juni geschaffenen Marinefonds wurde eine Subskription in ganz China eröffnet.

Heute nationalliberal — morgen Zentrum!

So hat man in all den Jahrzehnten, seitdem es in Baden eine Zentrumspresse gibt, noch nie sagen können. Randau, landab sind eine stattliche Zahl von Zentrumsblättern ins Leben gerufen worden. Das ist aber noch nie vorgekommen, daß ein nationalliberales Blatt in ein Zentrumsblatt verandert wurde. Seit dem 15. September 1909 kann man auch davon erzählen. Der „Segauer Erzähler“ in Engen ist mit diesem Tage in Zentrumsbesitz übergegangen. Die Aktiengesellschaft Danubiana in Donaueschingen hat das Blatt samt dem Druckereigebäude angekauft und wird ihn in unbedingter Gestalt neben dem „Donau-Vote“ als Zentrumsblatt weiter erscheinen lassen. In Nr. 213 vom 14. September ist an der Spitze des Blattes folgendes zu lesen:

Mitteilung.

Unsern werten Lesern machen wir hiermit die Mitteilung, daß die Druckerei und der Verlag des „Segauer Erzählers“ mit dem morgigen Tage durch Kauf in den Besitz der Aktiengesellschaft „Danubiana“ in Donaueschingen, Verlag des „Donau-Votes“ und des „Engener Volksblattes“, übergeht.

Engen, 14. September 1909.

Th. Schneiders Buchdruckerei, Verlag des „Segauer Erzählers“.

Auf der gleichen Seite des Blattes findet sich eine Einladung der neuen Eigentümerin des Blattes, das selbe auf neue zu bestellen, in welcher es heißt: „Wir richten an alle Leser des „Segauer Erzählers“ die freundliche Bitte, vollzählig dem eigentlichen Segaublatte treu zu bleiben.“

Der „Segauer Erzähler“ wird auch weiterhin in Engen in bisheriger Druckerei erscheinen und wie bisher 1.50 Mk. kosten ohne Postbestellgebühr.“

Zum Schluß wird dann gesagt: „In der politischen Richtung tritt infolgedessen ein Wechsel ein, als der „Segauer Erzähler“ nun, entsprechend den Wünschen der Mehrheit der Segaubewohner, als Zentrumsblatt erscheint.“

Es ist das etwas mißverständlich ausgedrückt. Unbestreitbar sicher ist, daß die Mehrzahl der Wahlberechtigten im Amte Engen auf der Seite des Zentrums steht. So hat es sich 1907 bei der Reichstagswahl gezeigt und 1905 bei der Landtagswahl.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 17. Sept. 1909.

Großherzogliches Hoftheater. Da Herr Herz, welcher wegen Todesfalls in seiner Familie nach Wien berufen worden ist, dort noch zurückgehalten wird, gelangt heute (Freitag) statt der „Journalisten“ Paul Lindaus Lustspiel „Ein Erfolg“ zur Aufführung. Die Vorstellung beginnt um halb acht Uhr.

Josef Raiz hat für sein einmaliges Gastspiel am hiesigen Hoftheater den 12. Okt. gewählt.

Großh. Hoftheater. Gestern Abend hatten wir eine vortreffliche Aufführung von Berdis „Rigoletto“. Abgerechnet einige Fädeln und Trivialitäten, ohne die es bei einer spezifisch italienischen Oper nur einmal nicht abgeht, besteht „Rigoletto“ aus einer Reihe sehr schöner und gefälliger Nummern, die sich zu einem duffigen Melodienstrang verbinden. Die Handlung des Schauderdrames „Le roi s'amuse“ steht an Trivialitäten, Verbrechen und Grauslichkeiten noch über dem „Troubadour“, und der Komponist schien eine besondere Vorliebe für Moritaten solchen Genres zu haben (siehe „Rigoletto“, „Troubadour“, „Gernani“ und „Konforten“), aber die vielen wahrhaftigen Perlen melodischer und dramatischer Musik, welche die Partitur enthält, erfreuen dafür den Hörer reichlich und bieten ihm einen Kunstgenuß, der ihn für alles andere reichlich entschädigt und deren Größe und Schönheit lange nachhallig wirken. Die Solisten weitestgehend gestern förmlich in der Wiedergabe der Partien. Herr

Es war nicht anders zu erwarten, als daß die Nachricht von diesem letzten politischen Vorkommnis große Ueberraschung hervorrufen würde und zwar in allen politischen Lagern.

Die Zentrumsblätter haben sich damit begnügt, den Wechsel im Besitz und in der Richtung des Blattes kurz mitzuteilen. Sie konnten freilich annehmen, daß ihnen schon Gelegenheit geboten würde und Anlaß, sich eingehender über die Sache zu äußern.

In den liberalen Blättern werden Magelieder angestimmt. Die „Bad. Landeszeitung“ behauptet, ganz heimlich auf Scheidwegen sei die Sache betrieben worden. Das ist unartig und löcherig zugleich; unartig nicht bloß auf Kosten des Zentrums, sondern auch auf Kosten des bisher bei den Nationalliberalen sehr angehenden Th. Schneider, des bisherigen Eigentümers.

In einer der letzten Nummern fährt das Blatt fort, sich zu blamieren, indem es bemerkt:

„Wie dem Zentrum diese Ueberumpfung möglich war, bedarf noch der Aufklärung.“

Wirds in der Welt ist es lässlich, beabsichtigte Käufe in die Welt hinauszujaumen. Ist jemand durch einen abgeschlossenen Kauf unangenehm überfallen, so kann er sich nur lächerlich machen, wenn er keine Klage führt und Vorwürfe erheben will, wie hier die „Bad. Landeszeitung“ getan hat.

Der demokratische „Badische Landesbote“ hat unter dem Titel: „Die schwarze Hand über der liberalen Presse“ seinen Lesern Mitteilung gemacht und dann beigefügt:

„Mit diesem Verkauf ist ein altes nationalliberales Blatt, das Jahrzehnte hindurch die liberalen Interessen mit Entschiedenheit vertrat, Zentrumsbesitz geworden. Ein wenig erfreuliches Zeichen für die Tatkraft des Liberalismus aus jener Gegend.“

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ sagt dazu:

„Von den Schwarzen eskamottiert wurde das liberale Vorkämpfer des Segauer Erzählers, Verlag von Th. Schneider in Engen, ein Amtsverpflichteter, der bisher mit besonderer Schärfe den liberalen Standpunkt vertreten hat.“

Nachdem das Blatt die bereits mitgeteilte Auflassung der „Bad. Landeszeitung“ abgedruckt hatte, bemerkte es noch:

„Besonders bedenklich für die Liberalen ist, daß sie nun in dem heimlich getriebenen Wahlkreis Engen-Donaueschingen, wo sie vor 4 Jahren ihren Kandidaten Hilbert nur mit knapper Not noch durchdrangen, für die Zeit des ganzen kommenden Wahlkampfes ohne Vorkämpfer hinstehen.“

Das letztere ist unrichtig. Der weitaus größere Teil des Wahlbezirkes besteht aus Donaueschinger Gebiet, wo bekanntlich das „Donauwälder Tagblatt“ ist.

Im übrigen ist es ganz selbstverständlich, daß es nicht ohne politische Folgen sein kann, wenn in einem so zum Gemeingebiet der liberalen Partei umgewandelt wird. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die politischen Folgen nicht zugunsten der Liberalen ausfallen können. So ist es für Landtag und Reichstag. Selbstverständlich hat das Zentrum das Blatt nicht gekauft, um die Wahlausichten der Nationalliberalen zu verbessern.

Die „Singer Nachrichten“, eine jetzt selbständige Filialgründung des „Segauer Erzählers“, schreiben zu dem Besitzwechsel in Nr. 214 vom 15. September 1909:

„Nebens 70 Jahre lang hat der „Segauer“ die Fahne des Liberalismus im Bezirk Engen-Donaueschingen hochgehalten und, abgesehen im allgemeinen einseitiger Parteipolitik wenig geneigt, besonders in Wahlzeiten mit Energie und Verstand den liberalen Standpunkt vertreten.“

Der politische Wechsel ist darum für die Liberalen im Bezirk Engen, wo der „Segauer Erzähler“ stark verbreitet ist, ein harter Schlag, der das Mandat des H. Hilbert auf schwerer Basis gefährdet. Er zeigt aber auch, welche große Bedeutung die Zentrumspartei der Presse beizumessen. Ob übrigens, wie der neue Verlag meint, die veränderte politische Richtung den Wünschen der Mehrheit der Segaubewohner entspricht, möchten wir sehr bezweifeln. Die Liberalen wecheln ihre Überzeugung nicht wie das Pferd und die gegenwärtige politische Lage ist auch nicht geeignet, dem Zentrum neue Anhänger aus dem liberalen Lager zuzuführen. — Die „Bad. Landesztg.“ bemerkt dazu:

„Das also haben die Liberalen jener Gegend zugelassen! So groß ist also dort der Mangel an Verständnis für die Notwendigkeit einer zuverlässigen gemeinsamen Presse! Es ist ja wahrnehmlich, daß die Sache ganz heimlich auf Scheidwegen betrieben worden ist.“

Sie hat aber doch offenbar nur betreiben werden können, weil das Blatt von liberaler Seite nicht genügend unterstützt wurde. Die Sünden an der liberalen Presse rächen sich an der liberalen Partei und am liberalen Gedanken!“

Dieser Vorwurf ist infolgedessen unbedeutend, als die Liberalen von der Sache nichts wußten, also nichts unternehmen konnten. Auch von ungenügender Unterstützung kann keine Rede sein. Der „Segauer“ war im ganzen Bezirk nicht verbreitet und wurde gerne gelesen. Die Zentrumspartei wußte, daß der „Segauer“ das größte

von Gorkom lang den „Rigoletto“ hinreichend schön, mit dramatischer Verbe und einer Lebenskraft, die unwiderstehlich packte, der Klang seiner prächtigen, in der Höhe besonders wirksamen Stimme trat sieghaft heraus, der Sänger war vorzüglich disponiert. Ein gleiches läßt sich von Herrn Zabolker als „Herzog“ rühmen, und Frau Kallensee durfte sich ebenfalls als „Gilda“ würdig in den beiden aufstellen, sie hat sich in letzter Zeit bedeutend gemacht, ist stimmlich besser disponiert und entwickelt mehr dramatisches Leben in ihrer Darstellung. Fr. E. Hofner, die Herren Keller und Röhler, sowie die „Edelleute des Herzogs“ trugen ihrerseits reichlich dazu bei, dem Totalbilde ein feines Relief und einen adretten Verlauf zu geben. Ueber allem dominierte der sicher führende und leitende Lakstod unseres Herrn Hofkapellmeisters Lorenz, der solchen Opern stets das glänzende Skolorit zu geben versteht.

Im Schauspiel sind uns wiederholt „Fringens“ und „Silberquindungen“ bezüglich der Ausstattung der Szenen aufgefallen, welche wir gelegentlich einer der nächsten Vorstellungen näher bezeichnen werden. Ebenso behalten wir uns vor, über das allzuante, schon aus Schreien grenzende Sprechen auf der Bühne zurückzukommen. Daß Frau Bix für Salonadamen (wie neulich in der „Kästerchule“) nichts übrig hat, haben wir unseres Wissens schon früher erwähnt, werden es aber auch nächstens deutlicher rekapitulieren.

Abonnementskonzerte des Großh. Hofkapellmeisters. Wie aus dem Interententeil ersichtlich ist, beginnen die diesjährigen Abonnementskonzerte des Großh.

Indem es war gegen die Eroberung des G. Wahlbezirks und daß dieser ihr jetzt sozusagen ohne Schwierigkeit zufallen wird. Daher war ihr kein Opfer zu groß und sie hat das heißersehnte Ziel auf Scheidwegen auch glücklich erreicht. Es fragt sich allerdings, ob die Liberalen den Mut und die Kraft gehabt hätten, den „Segauer“ selbst zu erwerben. Für die Aufgaben der Presse hat man in liberalen Kreisen im allgemeinen wenig Verständnis und besonders die wohlhabenden Parteiführer, die die Ehrenämter inne haben und die Parteipresse mit Vorliebe ad maiorem sui gloriam in Anspruch nehmen, pflegen die Hand auf den Beutel zu drücken, wenn sie ein Opfer bringen sollen.

Die „Bad. Landesztg.“ weiß selbst aus eigener Erfahrung, daß nur wenige und fast immer die gleichen Männer sich zur materiellen und ideellen Unterfütterung der Parteipresse bereit finden; die meisten, mitunter gerade die wohlhabendsten, leben abseits und schimpfen, wenn nicht alles nach ihrem Wunsch geht. Im Zentrumslager dagegen weiß man die Bedeutung der Presse viel mehr zu schätzen und zu würdigen. Dort finden sich stets Gönner und Freunde, die nicht nur einen, sondern oft viele braune Lappen opfern, auch wenn sie wissen, daß in absehbarer Zeit kein Pfennig Dividende zu erwarten ist. Daher auch die großen Erfolge des Zentrums!“

Mit den Tränen über den herben Verlust sind auch bittere Bitten für die liberale Partei vermischt.

Der „Volksfreund“ benützt den Besitzwechsel des „Segauer Erzählers“ zu einer scharfen Strafpredigt für die Nationalliberalen. Er schreibt:

Das Ende der Nationalliberalen wird wieder einmal drastisch durch eine Nachricht beleuchtet, die aus Engen kommt. Darnach ist gestern die Druckerei und der Verlag des nationalliberalen „Segauer Erzählers“ in den Besitz der Aktiengesellschaft „Danubiana“, den Verlag der Zentrumsblätter „Donau-Vote“ und „Engener Volksblatt“ übergegangen. Die Druckerei wird in Engen in vollem Umfang weiter betrieben und wird der „Seg. Erz.“ auch weiterhin in Engen gedruckt und herausgegeben künftig als Zentrumsblatt.

Und so etwas spielt sich in den Augenblick an, wo der Nationalliberalismus einen Verzweigungskampf gegen die Vorherrschaft des Zentrums führt und das obendrein in einer Gegend, wo der Nationalliberalismus seine letzten Stützpunkte zu verteidigen hat. Dabei war der „Seg. Erzähler“ noch eines der freiesten und am besten redigierten Blätter. Darnach in Karlsruhe die „Badische Landeszeitung“ hochtönende Phrasen vom Stapel läßt und der Mannheimer „Generalanzeiger“ drohend verkündet, nicht nach rechts, sondern nach links müsse bei den Nationalliberalen geschopt werden, kommt das Zentrum in aller Stille und kauft den Nationalliberalen die Waffen ab, ohne die überhaupt ein erfolgreicher Wahlkampf nicht geführt werden kann und die nationalliberale Partei, die, wie sie andere, Geldproben zu ihren Angehörigen zahlt, ist gegenüber dieser Maulwurfsstafel des Zentrums einfach ohnmächtig. Wo war denn da der Generallandesmarschall „Gezabeus“? In keiner anderen Partei wäre so etwas auch nur denkbar. Das Ende der nationalliberalen Partei ist so zurecht, daß die Führer, ohne daß sie auch nur eine Ahnung verspüren, sich ihre besten Waffen ohne jeden Versuch der Verteidigung aus der Hand schlagen lassen.

Aber das ist nur die traurige Folge der noch traurigeren Rolle, welche die Presse und deren Vertreter noch jetzt in der nationalliberalen Partei gespielt haben. Für die Führer der Nationalliberalen war die Presse immer nur ein notwendiges Übel und deren Vertreter bloße Sandlanger, die im übrigen in der Partei nichts zu sagen hatten. Kein Wunder, wenn das Zentrum jetzt ohne Schwierigkeit die letzten befestigten Stützpunkte der nationalliberalen Partei einfach wegnimmt.

Der Vorgang in Engen ist symptomatisch für die innere Zerfahrenheit und für die trostlose Situation, in welcher sich der Nationalliberalismus befindet. Die Presse ist bei den Nationalliberalen zu einer Ware geworden, die jeder, der das Geld nötig hat, sich kaufen kann. Die nationalliberale Partei als solche besteht in Baden eigentlich überhaupt kein Blatt, nicht einmal die „Badische Landeszeitung“, denn auch diese gehört nicht der Partei, sondern ist in privaten Händen. Jede nationalliberale Zeitung besitzt ihre eigene Politik und Politik, die nicht zuletzt vom Erfolg ihrer jeweiligen Führer abhängig sind. So ist die „Badische Landeszeitung“ über Nacht von einem rechtsliberalen zu einem linksliberalen Blatt geworden. Bei anderen nationalliberalen Zeitungen geht's umgekehrt, die Parteileitung hat nicht die geringste Macht, an diesen zerfurchten Zuständen etwas zu ändern, ja die Führer wissen in den meisten Fällen nicht einmal, ob etwas und was vorgeht.

Eine Partei, die innerlich so hallos geworden ist und die obendrein selbst kein politisches Ziel und kein politisches Programm mehr hat, ist rettungslos dem Untergang verfallen. Darüber helfen alle Leitartikel der „Badischen Landeszeitung“ nicht mehr hinweg. Was eine solche Partei noch an Erfolgen erzielen kann, ist purer Schein, ist reiner Zufall, aber nicht mehr Produkt und Ueberzeugungskraft ihrer Anhänger und noch viel weniger Produkt ihrer politischen Arbeit. Die einst sichersten Wahlkreise der nationalliberalen Partei sind unsicher geworden, nicht einmal für die Führer hat man noch ein sicheres Mandat in Aussicht.“

Das ist bitter für die Nationalliberalen, sich das sagen lassen zu müssen, von einem ehemaligen Kampfgesossen von 1905, der auch jetzt schon wieder mit dem Jauchepfeil zum neuen Bündnis winkt.

Hofkapellmeisters mit dem ersten Konzert am Mittwoch, den 18. Oktober. Die Zusammenstellung der gediegenen Programme und die Wahl der hervorragenden Solisten (Fr. Leubacher, Herr Kammerlänger Wittner, Herr Prof. Wechscher, Soloflagel, Herr Sogonzertmeister Deman, Violine, Herr Professor Hugo Wechscher, Cello) gewährleisten dem künftigen Publikum hohe künstlerische Genüsse. Dies um so mehr, als die diesjährigen Konzerte erstmalig von dem neuengagierten Hofkapellmeister Herrn Leopold Reichwein geleitet werden, dem der Ruf eines ganz bedeutenden Konzertdirigenten vorausgeht. So schreiben „The Times“ (London): „Herr Leopold Reichwein machte einen vortrefflichen Eindruck in London, weil er mit frischem Geist und seinem Verständnis in die Musik eindringt und dadurch bewundernswerte Leistungen durch das Orchester hervorbrachte.“ — „The Standard“ (London) sagt: „Dieser begabte Musiker (Herr Reichwein), der vielleicht der jüngste der jetzt lebenden Dirigenten ist, verdient einen Platz unter den ersten Vertretern seiner Kunst.“ — Der „General-Anzeiger“, Frankfurt a. M., bemerkt: „Herr Leopold Reichwein hat sich als Komponist durch eigenartige Nieder bekannt gemacht. Als Dirigent gehört er zu jenen Musikern, die aus temperamentvoll-lebendigem Empfinden heraus plastisch und klar zu gestalten wissen.“

Es ist so zu wünschen, daß das Interesse des musikalischen Publikums sich den Abonnementskonzerten des Hofkapellmeisters wieder in hohem Maße zuwendet und die Veranstalter der Konzerte durch regen Besuch anspornt und entschädigt.

Baden.

Karlsruhe, 17. Sept. 1909.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst demogen gefunden, dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, Wirklichen Geheimen Rat Dr. Freiherrn von Neubronn, die goldene Kette zum Großkreuz des höchsten Ordens vom Rätigen Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, Wirklichen Geheimen Rat Dr. Freiherrn Friedrich von Neubronn, unter besonderer Anerkennung seiner langjährigen, ausgezeichneten und erfolgreichen Dienste seinem untertänigen Ansuchen entsprechend in den Ruhestand zu versetzen, den Landgerichtspräsidenten Dr. Emil Dörner in Karlsruhe zum Präsidenten des Oberlandesgerichts, den vortragenden Rat beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geheimen Oberregierungsrat Dr. Adolf Trejfer zum Landgerichtspräsidenten in Karlsruhe, den Landgerichtspräsidenten Dr. Sully Maas in Karlsruhe unter Enthebung von seiner Stelle als Vorsitzender einer Kammer für Handelsachen beim Landgericht Karlsruhe zum Oberlandesgerichtsrat, dem Staatsanwalt Dr. Hermann Bleicher in Karlsruhe zum Landgerichtspräsidenten in Mannheim zum Staatsanwalt beim Landgericht in Mannheim, dem Staatsanwalt der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Amtsrichter Dr. Hans Barckning, unter Beibehaltung des Titels Landrichter zum Hilfsreferenten bei diesem Ministerium zu ernennen, ferner den ersten Staatsanwalt Dr. Gustav Schödl in Heidelberg und Ritor Schwärzer in Konstanz den Rang der Oberlandesgerichtsräte zu verleihen, sowie den Staatsanwalt Hermann Kuehner in Mannheim in gleicher Eigenschaft nach Karlsruhe zu versetzen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat dem Gerichtsschreiber Gustav Lang beim Amtsgericht Mannheim unter Befreiung seiner derzeitigen Amtsbeziehung zum Landgericht Mannheim, dem Aktuar Hermann Müller beim Amtsgericht Bruchsal zum Amtsgericht Bruchsal zum Amtsgericht Bruchsal und unter dem 6. August d. J. den Aktuar Georg Wenz beim Notariat Siedach zum Notariat Bruchsal bestellt.

Mit Ernennung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen wurde die Verlegung des Betriebsbereiches Martin Stich in Waldshut nach Waldshut genehmigt.

Veränderungen in den höchsten Richterstellen in Karlsruhe.

Das Abchiedsgeld des Oberlandesgerichtspräsidenten Freiherrn v. Neubronn ist bewilligt worden. An seine Stelle tritt Landgerichtspräsident Dörner, Präsident des Landgerichts in Karlsruhe wird Geheimregierungsrat Trejfer, Landgerichtspräsident Maas wird Oberlandesgerichtsrat.

Ein Erlaß gegen die Schundliteratur.

Der Schutz der Jugend gegen stülfliche Gefahren behr. hat der Oberbehörde folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Verbreitung der sogenannten Schundschriften hat einen Umfang erreicht, der ernstliche Bedenken erregen muß. Wenn auch der größte Teil dieser Schriften nicht als schlechthin unzulässig bezeichnet werden kann, sind sie doch für die Entwicklung der Jugend in hohem Grade verwerflich. Sie wirken erregend und aufstachelnd auf das Vorstellungsvermögen der jungen Menschen ein, sie trüben und fälschen das Bild des wirklichen Lebens, sie verwehren die gesunde Empfindung für Recht und Unrecht und schaffen einen Boden, in dem späterhin die Keime stülflicher Verirrungen, ja sogar verbrecherischer Tuns gar wohl geben können. Am Kampf gegen die unserm Volk von daher drohenden Schäden ist auch die Schule in hervorragendem Maße beteiligt. Neben der Aufklärung der Schüler über die innere Wertlosigkeit und Schädlichkeit schlechter Schriftwerke und neben geeigneten Warnungen wird vor allem positive Arbeit eingegriffen haben. Sie wird sich ganz besonders darauf zu richten haben, daß das natürliche Lebensbedürfnis der Schüler in ausgiebigem Maß befriedigt wird, und zwar durch Schriften, die ihrem Inhalt nach nicht zu beanstanden und gleichzeitig geeignet sind, die Jugend in ihrem Wissen und Glauben zu fördern und auch den Bedürfnissen der Phantasie eine gesunde Nahrung zu geben. Dieses Ziel wird sich erreichen lassen, wenn die Lehrer den Eltern bei gegebener Gelegenheit mit sachkundigem Rat zur Hand gehen, wenn sie in ihrem Unterricht die Gelegenheiten auch zu sachgemäßen Hinweisen benützen, vor allem aber, wenn sie den Ausbau und die Ausübung der Schülerübungen recht lebhaft gefördert wird.“

Es ist zu begreifen, daß der Oberbehörde dieser ersten Frage seine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Es ist zu begreifen, daß gleich positive Vorkehrungen gemacht werden in der Richtung, daß die gute Lesart möglichst gefördert wird. Am wirkungsvollsten wäre der Vorfall gewesen, jene Gesäfte beim Einkauf von Schulbüchern zu meiden, die Schundliteratur verbreiten. Diesen Vorschlag, der am meisten genügt hätte, müßten wir leider vermissen.

Kandidaturen.

X Durlach, 16. Sept. In der heutigen Vertretungsmännerversammlung der hiesigen Zentrumsparthei wurde Herr Rechtsanwalt Trunt von Karlsruhe einstimmig als Kandidat für die kommende Landtagswahl aufgestellt. Nimmrecht ist auch der vierte Kandidat für Durlach ernannt.

Ueber drei glänzend verlaufenen Berfammlungen der Zentrumsparthei in Böhlingen, Dehningen und Sickingen berichten die „Singer Nachrichten“, daß diese „durchweg schlecht besucht waren“. Wer diese drei Berfammlungen je mitgemacht oder sich über diese hat wahrheitsmäßig berichten lassen, kann bezweigen, daß die Nachricht des liberalen Blättchens auf Schwindel beruht. Wenn an einem Feiertag, an welchem übrigens noch mancher Landwirte über Dehning heimholt, über 100 Wähler in einer Berfammlungen anwesend sind und in einem anderen Ort, wo die Arbeiter an dem Tag auswärts in Fabriken arbeiten, über 120 zu einer Berfammlungen kommen, so kann man nicht von einem schlechten Besuch sprechen. Das gleiche ist vom Verlauf der Berfammlungen zu sagen: ehrend für das Zentrum, ehrend für unsere Kandidaten Giesler; lehter erbielt an allen Orten ein einjimmiges Vertrauensvotum. Es muß schon recht traurig um eine Sache bestellt sein, wenn man so lügen und schwindeln muß, wie dies liberale und sozialdemokratische Zeitungen und Flugblätter zurzeit tun. Aber Lügen haben kurze Beine. Wahltag! Zahltag!

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 16. Sept. Zur Verfestigung der badischen Bahnen. Wie die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen dem „Berl. Vzt.“ befragt, handelt

